

Quelle: Handelsblatt

© Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH, Düsseldorf

LIBYEN Merkel hat von Bismarck nichts gelernt

Berlin allein im Europa-Haus: Warum die deutsche Enthaltung im Libyen-Konflikt nicht einmal gute Realpolitik ist.

Josef Joffe

Gehen wir von Libyen in den Irak - und neun Jahre zurück, als George W. Bush eine Koalition gegen Saddam Hussein schmiedete und die Regierung Schröder laut "Nein" rief. Guido Westerwelle, damals in der Opposition, echauffierte sich über Schröder: Einen "deutschen Sonderweg" wolle er nicht mitgehen. Kamera nach links auf die SPD-Ministerin Wierzbicka-Zeul: "Wer gegen Irak Krieg führt, gießt Feuer ins Öl des Nahen Ostens und löst dort einen Flächenbrand aus."

Frau W-Z heute: "Ich finde es eine Schande, dass sich die Bundesregierung enthalten hat" - bei dem Sicherheitsratsvotum für den Gewalteinsatz gegen Gaddafi. Westerwelle heute: Er sehe "erhebliche Gefahren und Risiken", deshalb können "wir uns mit deutschen Soldaten an einem Krieg in Libyen nicht beteiligen".

Es ist einfach und billig, Politikern ihre Worte von vorgestern vorzuhalten, zumal, wenn sie die Oppositions- mit der Regierungsbank vertauscht haben - und umgekehrt. Aber es ist gerade mal drei Wochen her, dass Westerwelle mit Volldampf in die entgegengesetzte Richtung steuerte: "Eine Herrscherfamilie, die so brutal einen Krieg gegen das eigene Volk führt, ist am Ende. Der Diktator kann nicht bleiben."

Das Gute zu fordern und die Mittel zu verweigern - wie nennt man das? Realpolitik? Oder: "Wasch mich, aber mach mir den Pelz nicht nass"? Oder gar Heuchelei?

Realpolitik würde etwa so klingen: "Um Gaddafis Schreckensherrschaft zu beenden, muss man einen richtigen Krieg wie gegen Hitler und Saddam führen - nicht nur aus der Luft zuschlagen. Dieses Recht gibt das Uno-Mandat nicht her - und außerdem: Wer will denn in Libyen einmarschieren?" Das wäre nicht sehr solidarisch, aber realistisch. Leider ist die Regierung weder noch. (Den Heuchelei-Vorwurf wollen wir uns sparen, denn "mal so, mal so" ist Teil des politischen Geschäfts.) "Solidarisch" ist immer eine gute und sonore Losung, aber niemand ist verpflichtet, mehr zu tun, als er für richtig hält oder tun kann.

Zu knirschen beginnt es beim Realismus. Gewiss ist der Regierung das innenpolitische Hemd näher als der humanitäre Rock; also darf man ihr unterstellen, dass sie die anstehenden Landtagswahlen im Kalkül hat. Nur: Wie viele Stimmen kostet es denn, wenn man mit dem Rest der Welt für das Gute stimmt? Umgekehrt: Wie gut sieht eine Regierung aus, die mit China und Russland unter eine Decke schlüpft und dafür großes Lob bei Gaddafi erntet? Das kostet ebenfalls Stimmen. Schlimmer noch: Der Preis eines "Ja" tendierte gen null, weil die Uno-Resolution niemanden verpflichtet, auch zu schießen. Als die Regierung Schröder sich 2002 gegen Amerika stellte, war das Risiko exponentiell höher: Da sollten die Deutschen in den Krieg ziehen. Davon konnte diesmal keine Rede sein.

Weiter mit den Minuspunkten: Damals hatte Schröder noch den europäischen Hauptpartner Frankreich auf seiner Seite; diesmal steht Berlin ganz allein da in Europa. Selbst Gaddafis einst bester Freund Berlusconi hat sich eingereiht, indem er den Luftstützpunkt Aviano für die Uno-Mächte öffnete.

Wie sagte doch der alte Bismarck: Man müsse immer "selbdrift" im Spiel der großen Mächte sein; das sei die beste Versicherung gegen Isolierung. Heute würde er sagen: Wer "außen vor" bleibt, stärkt nicht seine Führungsposition. Solidarität ist in diesem Sinne keine hohle Phrase, sondern eine Umschreibung für Einfluss. Sie zu versagen heißt: ade, europäische Außenpolitik. Oder zu signalisieren: Liebe arabischen Freunde, wir wünschen viel Glück bei der Demokratisierung, und wenn's schiefgeht, herzliches Beileid.

Ansehen, das auch Einfluss verheißt, verschafft man sich so nicht. Aber ist es denn wenigstens gute Realpolitik? Eine Antwort liefert die Vergangenheit, als Gerhard Schröder den "deutschen Weg" beschritt, indem er sich mit Paris und Moskau gegen Washington zusammenrottete. Dafür wurden gleich zwei Rechnungen präsentiert.

Die erste beschreibt George W. Bush in seinen Memoiren "Decision Points": "Für mich war Vertrauen sehr wichtig. Ist das Vertrauen erst einmal verletzt, wird es sehr schwer, wieder ein konstruktives Verhältnis herzustellen." Das war das Ende

**Quelle: Handelsblatt**

© Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH, Düsseldorf

des deutschen Traums vom ständigen Sitz im Uno-Sicherheitsrat. Die Chancen sind jetzt nicht gewachsen.

Die zweite Rechnung hat Schröder bezahlt, indem er zum wichtigen Verbündeten im Irak-Krieg wurde - indem er den USA Überflug- und Stützpunktrechte zugestand und die Bundeswehr zur Bewachung von

US-Kasernen abkommandierte. Welche Ironie! Die Deutschen haben brav bezahlt, sich aber ein vergiftetes Verhältnis eingehandelt.

So wird es auch diesmal sein: Berlin wird allerlei Kompensation für seine Enthaltung entrichten müssen, aber nichts dafür erhalten - außer Bestürzung und Zweifel. Europas Nummer eins ist geschrumpft. Das

ist das Gegenteil von Realpolitik.

Der Autor ist Herausgeber der "Zeit".

Sie erreichen ihn unter:
gastautor@handelsblatt.com